

Zeitschriften-Spiegel

Amerikas Arbeitslose

In zwei schweizerischen Gewerkschaftsblättern fanden wir interessante Aufsätze zu wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Problemen der USA. Wir zitieren zunächst die wichtigsten Teile des Leitartikels, den die Zeitung des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentliche Dienste (VPOD) *Der öffentliche Dienst* in Nummer 8/1971 unter dem Titel „*Amerikas Arbeitslose*“ veröffentlicht:

„Es hat in Amerika in den letzten Jahrzehnten mehrere Wirtschaftsrezessionen gegeben — so 1949, 1954, 1958 und 1961. Warum also beschäftigt die gegenwärtige fünfte Rezession die amerikanische Öffentlichkeit in so hohem Maße?

Einer der Gründe sind sicher die hochgespannten Erwartungen die man in die 70er Jahre gesetzt hatte. Nach den hochtrabenden Erklärungen von amerikanischen Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern glaubte man, die unheimliche, unvorhersehbare Wellenbewegung der Wirtschaftskonjunktur endlich überwunden zu haben. Und nun ist plötzlich eine Krise da, deren Opfer ausgerechnet Wissenschaftler und andere Intellektuelle sind. Auch das hätte, folgt man ihren eigenen Prognosen, eigentlich nicht passieren dürfen. Es war in den letzten Jahren geradezu ein Glaubenssatz, daß Bildung vor Arbeitslosigkeit schütze. Für Hilfsarbeiter und einfache Handwerker machte man düstere Prognosen, aber Techniker, Forscher, Manager und Computerspezialisten schien man nicht genug bekommen zu können. Nun sind gerade diese Kräfte von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen. ...

Nach den Zahlen von Jahresbeginn betrug die Arbeitslosenrate in den USA 6 Prozent — das bedeutet, daß 4,6 Millionen Arbeitskräfte keinen Posten haben. Die Arbeitslosigkeit ist in der Bauindustrie mit 11 Prozent am höchsten; in der Konsumgüterindustrie beträgt sie 7 Prozent. Neger werden von der Arbeitslosigkeit fast doppelt so stark betroffen wie Weiße. Viele Fabriken haben Kurzarbeit eingeführt. ...

Aber das Erstaunlichste ist, daß es unter den 4,6 Millionen Arbeitslosen nahezu 300 000 Spezialisten mit akademischer Karriere gibt. Die Hälfte davon leben in dem US-Staat mit der größten Bevölkerung und dem stärksten Wachstum der Zukunftsindustrien — nämlich in Kalifornien.

Die Ära *Nixon* hat dafür eine ganz eigene Deutung, die gar nicht überrascht, wenn man an die intellektuellenfeindlichen Tiraden des Vizepräsidenten *Spiro Agnew* denkt. Regie-

rungskreise erklären jetzt nämlich, daß das alles einmal kommen mußte, da es in Amerika bisher viel zu viele Intellektuelle gegeben hat und ihnen in Wirtschaft und Politik eine übertriebene Bedeutung eingeräumt wurde.

Triumphierend verweist man auf die Überflüssigkeit von Soziologen, außenpolitischen Spezialisten, Meinungsforschern, Futurologen, Public-Relations-Beratern, Schullehrern u. a. und man gibt ihnen auch die Schuld daran, daß *Nixons* republikanische Abgeordnete und Senatskandidaten bei den Wahlen im November 1970 eine derart große Niederlage erlitten.

Richtig dürfte genau das Gegenteil sein: Die Republikanische Partei verlor trotz intellektueller Berater wegen der schlechten Wirtschaftspolitik *Nixons*.

Nixons Vorgehen war bisher typisch für einen konservativ-republikanischen Kurs, dem die Eindämmung inflationärer Tendenzen wesentlich wichtiger erscheint als die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Kurz nach seiner Amtsübernahme im April 1969 begann *Nixon* mit Konjunkturdämpfungsmaßnahmen. Er zwang die amerikanische Industrie, ihre Produktion zu drosseln und Arbeitskräfte zu entlassen. ... Außerdem schränkte *Nixon* drastisch alle öffentlichen Aufträge ein, halbierte das Mondfahrtprogramm, kürzte Auslandshilfe, langfristige Rüstungsaufträge und soziale Ausgaben. Aber der antiinflationäre Effekt und die angestrebte Stabilisierung des Dollars blieben aus: Im Jahre 1969 stieg der Konsumentenpreisindex um 7,2 Prozent pro Jahr — und dabei ist es seither geblieben. Wenn früher die Arbeitslosigkeit stieg, blieben wenigstens die Lebenshaltungskosten vorübergehend gleich. Jetzt steigen Preisindex und Arbeitslosenrate beinahe parallel — eine ungewohnte Situation.

Es ist für Amerika typisch, daß infolge der mangelhaften Altersversorgung und der geringen sozialen Hilfsmaßnahmen die ganze Härte der Inflation vor allem die Armen und Alten trifft: sie stehen vor der bitteren Alternative, entweder halbwegs menschlich zu wohnen oder aber zu essen; neue Kleidung zu kaufen oder aber Verkehrsmittel zu benutzen. Viele Alte lösen das Dilemma, indem sie einfach nicht mehr unter die Leute gehen.

Amerikas Zeitungen sind voll von Ratschlägen, wie man daheim Kleider näht, im „Inflationsgarten“ selbst Gemüse züchtet und für Verwandte selbst Geschenke bastelt.

Neu im Kreis der Armen sind die Akademiker und Ingenieure, die gemeinsam mit teuren, „gehörteten“ Managern entlassen worden waren, als die Aufträge ausblieben und sich bei den Aktionären eine antiintellektuelle Stimmung breitmachte. Intellektuelle hatten ihre Glanzzeit unter *Roosevelt* und *Kennedy*; sie haben jetzt ihren Tiefpunkt zum Schaden der USA. Man hört, daß es für Absolventen

der Hochschulen, die einst von Werbern schon lange vor ihrer Abschlußprüfung verpflichtet wurden, nicht mehr sehr viele Aussichten gebe. Das wird einen ersten Rückgang an Studierenden zur Folge haben. So lobenswert es ist, daß die Regierung Nixon weniger neue Bomber bauen läßt und die riesige Verschwendung der bemannten Mondfahrten einschränkt — allein bei der Weltraumbehörde wurden rund 50 000 Spezialisten entlassen —, so bedauerlich ist es, daß Nixon in einem Land mit so vielen Problemen und so viel Verantwortung für den Weltfrieden für die freien Arbeitskräfte keine neuen Aufgaben finden will."

Jungarbeiter und Minoritätsguppen rebellieren in den USA

Einige andere Aspekte, die eine recht interessante Ergänzung der eben zitierten Darlegungen geben, bringt ein Aufsatz von Dr. W. Schweisheimer (New York), den die in Bern erscheinende Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes *Gewerkschaftliche Rundschau* in ihrem Februar-Heft 1971 unter dem Titel „Jungarbeiter — ein neues Problem für die Gewerkschaften“ veröffentlicht:

„Von den akuten Problemen, die heute die Gewerkschaften der USA beschäftigen, ist eines der dringlichsten das Verhältnis der Jungarbeiter zu ihren Gewerkschaftsführern. Diese jungen Arbeiter sind schärfer in ihren Forderungen als die erfahrenen Gewerkschafter. Bei Lohn- und Streikverhandlungen legen sie das Hauptgewicht auf höhere Löhne, nicht auf ‚fringe benefits‘ wie Gewährung von Alterspensionen. Allerdings legen sie auch großen Wert auf ausreichende Krankenversicherung für sich und ihre Familien.

Auf der Jahrestagung des ‚Federal Mediation and Conciliation Service‘ wurden diese Vorgänge mit den Worten ‚Rebellion der Jungarbeiter‘ bezeichnet. Die jungen Arbeiter von heute sind nicht ohne weiteres mit jenen von ein oder zwei Generationen zu vergleichen. Der Arbeitsminister führte auf der Tagung aus: ‚Die jungen Menschen, die heute in die Gewerkschaften eintreten, sind die bestausgebildeten, die jemals zum Arbeiterkorps gehörten. Sie haben eine weit eingehendere Ausbildung als das früher der Fall war.‘

Das Problem ist an vielen Stellen der USA akut geworden. Es besteht kein Zweifel, daß die Jungarbeiter bei kommenden Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen immer stärkeren Einfluß gewinnen werden. So wird die Forderung verständlich, daß Jungarbeiter in gewerkschaftlichen Verhandlungs-Delegationen ausdrücklich vertreten sein sollen. Andernfalls besteht die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, daß die Verhandlungsergebnisse von der Gesamtmitgliedschaft abgelehnt werden; die Jungarbeiter sind höchst aktive Mitglieder der Gewerkschaften. . .

Den Jungarbeitern kommt auch das erstaunliche neue Problem der ‚umgekehrten Senioritätsrechte‘ zugute, das neuerdings aufgetaucht ist, ausgehend von der Automobilarbeiter-Gewerkschaft. Es handelt sich dabei darum, daß bei notwendigen Arbeiterentlassungen nicht — wie das bisher üblich war und von der Arbeiterschaft angestrebt wurde — die zuletzt in eine Firma eingetretenen Arbeiter und Angestellten entlassen werden sollen, sondern gerade umgekehrt jene, die am längsten bei der Firma beschäftigt sind. Das ist finanziell möglich, weil die älteren Arbeiter sowohl vom Staat wie von der Gewerkschaft erhebliche Zuwendungen während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit bekommen...

An den neuartigen Bestrebungen der ‚umgekehrten Senioritätsrechte‘ sind vor allem Negerarbeiter, Puerto Ricaner und andere Vertreter von Minoritätsgruppen interessiert, weil sie in der Regel später angestellt werden als weiße Arbeiter und Angestellte. Eine Reihe von Industriegesellschaften hat die neuen Bestrebungen anerkannt und in ihren Arbeitsverträgen auf dieses Prinzip der ‚umgekehrten Senioritätsrechte‘ bereits Rücksicht genommen. Das Problem ist namentlich für die Gruppe von Arbeitern von eminent praktischer Bedeutung, die als ‚hardcore‘-Arbeitslose bezeichnet werden. Es sind das im wesentlichen Arbeiter aus Slumgebieten, die jahrelang keine Arbeit finden konnten. .. Es wäre ein großer wirtschaftlicher wie moralischer Schaden, wenn solche Arbeiter wieder in die Slums zurückgeworfen werden müßten. Die Gruppe der farbigen Arbeiter trachtet daher danach, daß das Prinzip der ‚umgekehrten Senioritätsrechte‘ in weitem Maße zur Anwendung gebracht wird. Es ist andererseits zu verstehen, daß weiße Arbeiter ihre Seniorität geschützt haben wollen.

Negergruppen versuchen in diesem Zusammenhang auch, Tarifverhandlungen direkt mit den Betriebsleitungen zu führen, ohne daß dabei die Gewerkschaften eingeschaltet werden. Solche Bestrebungen sind mancherorts bereits im Gange. Aber das ist schon aus legalen Gründen nicht einfach durchzuführen. Es entstehen dadurch für die Betriebsleitungen Schwierigkeiten rechtlicher Natur, weil in der Regel die Gewerkschaften nach den üblichen Verträgen die einzige Stelle sind, denen das Recht zusteht, solche Verhandlungen für die Arbeiterschaft zu führen."

Im hier zitierten Februarheft der Schweizer Monatsschrift *Gewerkschaftliche Rundschau* findet man weitere lesenswerte Aufsätze über: Vorschläge zur Verbesserung der Berufsbildung — Die Gewerkschaften im Widerstreit der Meinungen — Frankreichs Krankenhäuser zwischen gestern und morgen.

Rahel Berend